

Prof. Dr. Ingo Koller / Akad. Rat a. Z. Assessor Christoph Buchholz, Passau

Der bedingte Beitritt zu einer Kommanditgesellschaft

I. Problem

In den letzten Jahren ist immer häufiger zu beobachten, daß der Beitritt zu einer Kommanditgesellschaft unter einer Bedingung erklärt wird. Anlaß für derartige Bedingungen ist in aller Regel der Wunsch der Beitrittswilligen, sich zu sichern, d. h. ihre Verpflichtungen, insbesondere ihre Einlagepflicht, davon abhängig zu machen, daß die Versprechungen, mit denen sie zum Beitritt bewogen wurden, auch tatsächlich in Erfüllung gehen. Das Sicherungsbedürfnis ist vor allem dort besonders groß, wo wie bei den Publikumskommanditgesellschaften der Beitrittswillige die übrigen Gesellschafter nicht kennt, sondern in weitem Umfang gezwungen ist, sich auf die Anpreisungen der Gründer und der die Beteiligungen vertreibenden Unternehmen zu verlassen¹⁾. Ob die Bedingung ein geeignetes Mittel ist, das Risiko einer Beteiligung an einer unseriösen KG wesentlich zu verringern, ist allerdings sehr fraglich. Auf den ersten Blick liegt es nämlich nahe, in Hinblick auf die Interessen der Gesellschaftsgläubiger und der übrigen Gesellschafter den Beitritt zu einer KG für bedingungsfeindlich zu erklären. Man könnte auf die Formel zurückgreifen, daß sich die nach außen wirkenden Erklärungen im Verbands- und Gesellschaftsrecht, an die sich ein Schutz des gutgläubigen Verkehrs knüpfen, nur sehr schwer mit einer Bedingung vertragen²⁾. So ist es denn bei der GmbH und der AG anerkannt, daß ein bedingter Beitritt³⁾ und eine bedingte Aktienübernahme unzulässig sind⁴⁾. Im Genossenschaftsrecht schreibt § 15 I GenG ausdrücklich vor, daß der Beitritt unbedingt erfolgen müsse. Im Rahmen des Personengesellschaftsrechts ist diese Frage noch nicht eingehender erörtert worden. Es soll deshalb im folgenden näher untersucht werden, ob der bedingte Beitritt in eine KG nach den Regeln zu behandeln ist, die für die GmbH und AG gelten, oder ob der Gläubiger- und Gesellschafterschutz im Recht der Personengesellschaften eigenständige Regeln gebietet. Um die Lösung auf eine breitere Basis zu stellen, wird deshalb zunächst geprüft, ob ein bedingter Gesellschaftsvertrag in Widerspruch zu schutzwürdigen Gläubiger- und Gesellschaftersinteressen steht. Anschließend wird den Rechtsfolgen eines bedingten Beitritts zu einer KG nachgegangen.

II. Der gesamte Gesellschaftsvertrag steht unter einer Bedingung

1. Verhältnis der Gesellschafter untereinander

Schließen Gesellschafter einen bedingten Gesellschaftsvertrag, so machen sie mit der Bedingung von einem Instrument Gebrauch, das ihnen die Möglichkeit gibt, flexibel ihren Belangen Rechnung zu tragen⁵⁾. Höherrangige Interessen werden nicht berührt, so daß aus dieser Perspektive heraus sowohl eine aufschiebende als auch eine auflösende Bedingung uneingeschränkt wirksam ist.

Probleme werfen im Innenverhältnis nur die Rechtsfolgen des Eintritts einer auflösenden Bedingung auf. Gemäß § 158 II BGB enden mit Eintritt der auflösenden Bedingung die Wirkungen des Gesellschaftsvertrages. Die Gesellschaft ist nach allgemeinen Regeln zu liquidieren. Aus dem Gesellschaftsvertrag kann sich ergeben, daß die Parteien verpflichtet sind, einander im Innenverhältnis so zu stellen, als ob der Gesellschaftsvertrag nicht abgeschlossen worden wäre (§ 159 BGB). Es stellt sich hier die Frage, ob dies nach Bereicherungsrecht⁶⁾ zu erfolgen hat oder ob hier die Grundsätze der fehlerhaften Gesellschaft zum Tragen kommen sollen. Die Tatsache allein, daß die Gesellschaft in Vollzug gesetzt worden war, steht einer Rückabwicklung nicht entgegen⁷⁾. Aber auch die die Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft tragenden Gesichtspunkte, daß das Bereicherungsrecht ein zur Abwicklung von vollzogenen Gesellschaftsverhältnissen ungeeignetes Abwicklungsinstrument darstellt⁸⁾ oder daß einverständnis eine Organisation geschaffen worden sei⁹⁾, rechtfertigen es nicht, die Gesellschaft

entgegen den übereinstimmenden Intentionen der Parteien mit ex-nunc-Wirkung abzuwickeln. Das Bereicherungsrecht mag der Abwicklung vollzogener Gesellschaften erhebliche Schwierigkeiten bereiten¹⁰⁾. Es steht aber im Belieben der Parteien, ob sie sich diesen Schwierigkeiten aussetzen wollen¹¹⁾. Die bei der Rückabwicklung zu erwartenden Schwierigkeiten können deshalb im Rahmen der Auslegung des Gesellschaftsvertrages nur als Indiz dafür herangezogen werden, daß eine Rückabwicklung nicht gewollt war. Gleiches gilt, wenn man darauf abhebt, daß die Gesellschafter eine Organisation mit Gesamthandsvermögen ins Leben gerufen haben; denn das Verhältnis der Gesellschafter untereinander betrifft eine rein schuldrechtliche Problematik¹²⁾. Somit stehen die Rechtsfolgen einer auflösenden Bedingung zur Disposition der Parteien, mit der Konsequenz, daß dort, wo nur eine Rückabwicklung angeordnet ist, aber über die Art und Weise der Rückabwicklung keine Regelungen getroffen worden sind, auf die mit der Vereinbarung der Bedingung verfolgten Intentionen abzustellen ist: Dient die Bedingung dazu, dem Gesellschafter den Schutz seiner Einlage gegen bestimmte Gefahren zu ermöglichen, so ist im Zweifel eine interne Rückwirkung gem. § 159 BGB und damit eine Rückabwicklung nach Bereicherungsrecht gewollt. Soll die Bedingung hingegen nur die Dauer der Gesellschaft an den Gesellschaftszweck binden, so steht die Bedingung einem Auflösungsgrund gem. § 131 Ziff. 1 HGB gleich, so daß nach gesellschaftsrechtlichen Grundsätzen abzuwickeln ist.

2. Beziehung der Gesellschaft zu Dritten

Im Außenverhältnis ist zu berücksichtigen, daß die Vereinbarung eines bedingten Gesellschaftsvertrages die Interessen der Gesellschaftsgläubiger gefährden kann, da außenstehenden Dritten in aller Regel weder die Bedingung als solche bekannt noch deren Eintritt rechtzeitig erkennbar sein wird.

a) Eine derartige Gefährdung könnte freilich ausgeschlossen sein, wenn die Bedingung ins Handelsregister eingetragen werden kann. Das Gesetz schließt die Eintragungsfähigkeit nicht ausdrücklich aus. Wie jedoch § 106 II 3 HGB zeigt, soll das Handelsre-

1) Vgl. BGH, WM 1979, 612 f.

2) MünchKomm./Westermann, § 158 Rdnr. 32.

3) Vgl. RGZ 83, 256, 258; Scholz, GmbHG, § 3 Rdz. 12; Baumbach/Hueck, GmbHG, § 3 Rdz. 2; Soergel/Knopp, § 158 Rdz. 41; MünchKomm./Westermann, § 158 Rdnr. 32.

4) Vgl. Meyer-Landrut in GroßKomm. z. AktG § 2 Anm. 7; Soergel/Knopp, § 158 Rdz. 41; MünchKomm./Westermann, § 158 Rdnr. 32.

5) Zur Bedeutung der Bedingung als Gestaltungsmittel der kautelarjuristischen Praxis vgl. Ramm, Einführung in das Privatrecht, Allgemeiner Teil des BGB Bd. II G 391; Soergel/Knopp vor § 158 Rdz. 13.

6) So die h. M. im Rahmen des § 159 BGB; MünchKomm./Westermann, § 159 Rdnr. 3; Staudinger/Dilcher, § 159 Rdnr. 6; Palandt/Heinrichs, BGB (41. Aufl.), § 159 Anm. 1.

7) Canaris, Die Vertrauenshaftung im Deutschen Privatrecht (1971), S. 121.

8) Soergel/Schultze — v. Lasaulx, BGB (10. Aufl.), § 705 Rdnr. 91; GroßKomm. z. HGB — R. Fischer (3. Aufl.), § 105 Rdnr. 78; Hueck, Recht der OHG (4. Aufl.), S. 81 f.; Westermann, Handbuch der Personengesellschaft (3. Aufl.), Rdnr. 764; Larenz, Schuldrecht II (12. Aufl.), § 60 VII S. 413.

9) Flume, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, Die Personengesellschaft (1977), S. 13 ff.; MünchKomm./P. Ulmer, § 705 Rdnr. 232; Wiesner, Die Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft (1980), S. 81 ff., 110 ff.

10) Kritisch Röding, Bereicherung ohne Rechtfertigung durch Gesellschaftsvertrag (1972), S. 59 ff.

11) Vgl. auch Canaris, Vertrauenshaftung, a.a.O. (Fn. 7), S. 448 ff., der zutreffend die Relevanz des Vertrauens auf den Bestand der Gesellschaft betont.

12) Flume, Personengesellschaft, a.a.O. (Fn. 9), S. 26.

gister nicht mit Angaben über zukünftige, ungewisse Entwicklungen belastet werden. Gemäß § 106 II 3 HGB ist nämlich der Zeitpunkt in das Handelsregister einzutragen, zu dem die Gesellschaft in der Vergangenheit begonnen hat. Es liegt deshalb der Umkehrschluß nahe, daß ein in der Zukunft liegender Beginn und somit auch eine dem Beginn gleichwertige aufschiebende Bedingung nicht eintragungspflichtig, aber auch nicht eintragungsfähig ist¹³⁾¹⁴⁾. Die Richtigkeit dieses Umkehrschlusses wird durch § 123 I HGB bestätigt. Dieser Vorschrift zufolge soll die Gesellschaft Dritten gegenüber, wie sich aus den Worten des § 123 II HGB „beginnt . . . schon vor Eintragung“ ergibt, spätestens im Zeitpunkt der Eintragung ins Leben treten. Vor allem aber spricht gegen die Eintragungsfähigkeit eines in der Zukunft liegenden Beginns der Gesellschaft und damit auch einer aufschiebenden Bedingung die Erwägung, daß das Handelsregister nicht durch überflüssige Angaben aufgebläht werden soll. Solange die Bedingung nicht eingetreten ist oder der in der Zukunft liegende Zeitpunkt des Beginns erreicht ist, vermögen Dritte dem Handelsregister nur zu entnehmen, daß die Gesellschaft noch nicht wirksam geworden ist oder an ihrem Wirksamwerden Zweifel bestehen. Aus der Sicht der Dritten hat die Eintragung des vereinbarten späteren Beginns bzw. der Bedingung mithin ausschließlich Abschreckungs- und Warnungsfunktion. Diese Funktion liegt zwar durchaus im Interesse der Gesellschafter. Sie können dieses Interesse aber auch ohne weiteres auf andere Weise wahren, ohne das Handelsregister belasten zu müssen. Sie brauchen nämlich die Gesellschaft nur erst dann anzumelden, wenn die Geschäfte der Gesellschaft einvernehmlich begonnen haben oder nach Meinung aller Gesellschafter die aufschiebende Bedingung eingetreten ist.

Bei der auflösenden Bedingung läßt sich das Ziel, Dritte auf das Ende der Gesellschaft hinzuweisen, nicht so leicht auf andere Weise erreichen. Gleichwohl ist auch die auflösende Bedingung nicht eintragungsfähig. Die Eintragung einer auflösenden Bedingung wäre nämlich lediglich dann sinnvoll, wenn Dritten dadurch der Einwand abgeschnitten wird, sie hätten auf den Fortbestand der Gesellschaft vertraut. Eine derartige Rechtsfolge stünde jedoch in eindeutigen Widerspruch zu der Publizitätsfunktion des Handelsregisters. Der Rechtsverkehr soll sich auf die in das Handelsregister eingetragenen Tatsachen verlassen dürfen, solange ihre Änderung nicht eingetragen wird (§ 15 I HGB). Die Eintragung einer auflösenden Bedingung würde Dritte indessen nur in Ungewißheit stürzen, weil sie dem Register in aller Regel nicht entnehmen können, ob die Bedingung nun schon eingetreten ist oder noch nicht. Ob die Bedingung eingetreten ist, sind normalerweise nur die Gesellschafter zu beurteilen in der Lage. Es muß deshalb auch Sache der Gesellschafter sein, bei Eintritt der auflösenden Bedingung durch Eintragung der Auflösung Klarheit zu schaffen¹⁵⁾. Daraus ergibt sich umgekehrt, daß Dritte, solange die Auflösung nicht eingetragen und bekanntgemacht ist, auf den Fortbestand der Gesellschaft vertrauen dürften, selbst wenn die Bedingung eingetragen worden wäre. Die Eintragung einer auflösenden Bedingung ist letztlich sinnlos und hat mithin zu unterbleiben.

b) Von diesem Standpunkt aus hat die Vereinbarung einer aufschiebenden Bedingung Dritten gegenüber grundsätzlich keinerlei Bedeutung, wenn die Gesellschaft in das Handelsregister eingetragen worden ist¹⁶⁾. § 123 I HGB ist analog anzuwenden. Dies gilt auch dort, wo dem Dritten die Vereinbarung der Bedingung bekannt war. Für die Einrede der Arglist ist auch dann kein Raum, wenn der Dritte wußte, daß die Bedingung noch nicht eingetreten war. Allerdings wird man im Einzelfall prüfen müssen, ob der Dritte unter solchen Umständen überhaupt ein Geschäft mit der Gesellschaft und nicht mit einzelnen Gesellschaftern abschließen wollte¹⁷⁾.

Beginnen im Falle einer aufschiebenden Bedingung die Gesellschafter einvernehmlich die Geschäfte schon vor Eintragung der Gesellschaft ins Handelsregister und vor Eintritt der Bedingung, so greift § 123 II HGB (analog) ein. Zwar wird man nicht ohne weiteres sagen können, die einvernehmliche Geschäftsaufnahme vor Eintritt der Bedingung signalisiere immer

den Willen der Gesellschafter, auf die Bedingung zu verzichten¹⁸⁾. Darauf kommt es jedoch letztlich nicht an; denn § 123 II HGB ist auch als Vertrauensschutztatbestand zu begreifen¹⁹⁾. Für Dritte sollen, wie § 123 III HGB zeigt²⁰⁾, im Innenverhältnis liegende Umstände, die der Aufnahme der Geschäftstätigkeit entgegenstehen, unbeachtlich sein. Bedeutsam ist allein der Umstand, daß die Gesellschaft nach außen in Erscheinung getreten ist. Auf die Grundsätze der Scheingesellschaft braucht deshalb nicht zurückgegriffen zu werden. Anders als bei der Scheingesellschaft²¹⁾ schadet Dritten somit weder ohne weiteres die Kenntnis des Nichteintritts der Bedingung, noch müssen sie ihre Dispositionen in Vertrauen auf einen bedingungsfreien Gesellschaftsvertrag geschlossen haben.

Der Eintritt der auflösenden Bedingung schließlich führt im Außenverhältnis analog § 131 Ziff. 1 HGB nur zur Auflösung der Gesellschaft²²⁾. Auf die Auflösung können sich die Gesellschafter Dritten gegenüber erst nach Eintragung und Bekanntmachung der Auflösung berufen (§§ 143 I, 15 I HGB). Die im Innenverhältnis zulässige Abrede, sich so zu stellen, als ob der Gesellschaftsvertrag nie abgeschlossen worden wäre (§ 159 BGB), ist Dritten gegenüber ohne Bedeutung. Sie betrifft nur die Ansprüche im Innenverhältnis, zeigt aber keinerlei echte ex-tunc-Wirkung.

III. Der bedingte Beitritt zu einer Gesellschaft

1. Verhältnis der Gesellschafter untereinander

Die Ausführungen zur Wirksamkeit bedingter Gesellschaftsverträge²³⁾ lassen sich ohne weiteres auf bedingte Gesellschaftsbeitritte übertragen. Hier wie dort ist zwischen dem Innen- und Außenverhältnis zu unterscheiden. Demzufolge kann insbesondere die Beitragspflicht sowohl unter eine aufschiebende Bedingung²⁴⁾ als auch unter eine auflösende Bedingung gestellt werden. In der ersten Variante entsteht die Beitragspflicht erst mit dem Eintritt der Bedingung. In der zweiten Variante erlischt die Beitragspflicht, wenn das Abfindungskonto positiv ist. Aus der Beitrittserklärung wird sich freilich gerade bei der Publikums-KG in aller Regel der Wille des Beitretenden ergeben, daß der auflösenden Bedingung Rückwirkung zukommen soll (§ 159 BGB); denn nur so kann das Ziel, sich gegen unliebsame Überraschungen möglichst stark zu sichern, realisiert werden. Eine derartige mit Rückwirkung ausgestattete auflösende Bedingung befreit den Beitretenden mit ihrem Eintritt von jeglicher Beitragszahlungspflicht. Er ist allenfalls²⁵⁾ gehalten, die ihm zugeflossenen Gewinne herauszugeben²⁶⁾. Die Regeln der §§ 172 II, III, 174 HGB stehen dem nicht entgegen; denn sie beziehen sich ausschließlich auf die Einlage in Form der Pflichteinlage, während es im Innenverhältnis lediglich darum geht, ob der beitretende Gesellschafter den ande-

13) RGZ 22, 59; GroßKomm. z. HGB — Würdinger, § 8 Anm. 7.

14) GroßKomm. z. HGB — Fischer, § 123 Anm. 2 I.

15) § 143 I HGB; § 131 Nr. 1 HGB ist analog anzuwenden.

16) Daraus ergibt sich zugleich, daß die aufschiebende Bedingung eines Gesellschaftsvertrages einer Personenhandelsgesellschaft als solche immer zulässig ist. Vgl. Fischer in GroßKomm. z. HGB, a.a.O. (Fn. 8), § 105 Anm. 50; Hueck, Das Recht der OHG, a.a.O. (Fn. 8), § 6 I.

17) Vgl. GroßKomm. z. HGB — Fischer, a.a.O. (Fn. 8), § 123 Anm. 13.

18) Vgl. GroßKomm. z. HGB — Fischer, a.a.O. (Fn. 8), § 123 Anm. 11.

19) Vgl. GroßKomm. z. HGB — Fischer, a.a.O. (Fn. 8), § 123 Anm. 11.

20) Vgl. oben bei Fn. 14.

21) BGHZ 17, 13 = DB 1955, 505; Canaris, Vertrauenshaftung, a.a.O. (Fn. 7), S. 169; GroßKomm. z. HGB — R. Fischer, a.a.O. (Fn. 8), § 105 Anm. 109.

22) Fischer in GroßKomm. z. HGB, a.a.O. (Fn. 8), § 105 Anm. 50 vertritt hier die Ansicht, daß die Gesellschaft aus wichtigem Grund aufzulösen sei.

23) Vgl. oben bei Fn. 5 ff.

24) BGH, DB 1979, 1123 = WM 1979, 612.

25) § 818 III BGB in der Modifikation durch die Saldotheorie bzw. — richtig — in der von Flume (Festschrift Niedermeyer [1953], S. 103 sowie NJW 1970, 1161) herausgearbeiteten Interpretation. Vgl. auch Münch-Komm./Lieb, § 818 Rdnr. 98 ff.

26) Vgl. Fn. 12.

ren Gesellschaftern zur Zahlung verpflichtet ist. Anerkanntermaßen können Pflichteinlage und Einlageverpflichtung einem durchaus unterschiedlichen rechtlichen Schicksal unterworfen werden. So kann die Einlageverpflichtung im Innenverhältnis ohne weiteres gestundet oder ganz erlassen sein²⁷⁾. Sie darf mithin auch unter eine mit Rückwirkung ausgestattete auflösende Bedingung gestellt werden.

2. Beziehungen des beitretenden Gesellschafters zu Dritten

a) Solange die vereinbarte aufschiebende Bedingung nicht eingetreten ist, trifft den beitragswilligen Gesellschafter keine Haftung. Etwas anderes gilt, falls der Gesellschafter vorzeitig in das Handelsregister eingetragen worden und der Eintritt bekanntgemacht worden ist. Dort wo der Gesellschafter selbst an der verfrühten Eintragung mitgewirkt hat, ist § 123 II HGB analog anzuwenden. Jedenfalls kommt aber § 15 III HGB zum Tragen, so daß dort, wo dem Gesellschafter die falsche Eintragung nicht zugerechnet werden kann, die Haftung davon abhängt, ob man mit der h. M. den § 15 III HGB entgegen dem historischen Willen des Gesetzgebers dem Veranlassungsprinzip unterwirft²⁸⁾.

Tritt die aufschiebende Bedingung ein, so wird ex nunc die Gesellschaftstellung voll wirksam begründet. Für den beitretenden Kommanditisten resultiert daraus die Gefahr, daß er unbeschränkt haftet, weil in aller Regel bis zur Eintragung noch einige Zeit verstreichen wird. Nach einer vielfach vertretenen Ansicht hängt die Haftung gemäß § 176 II HGB allerdings davon ab, daß der Eintretende der Fortführung der Geschäfte in Form einer aktiven Teilnahme am Gesellschaftsleben zugestimmt und die Fortführung der Geschäfte nicht bloß geduldet hat²⁹⁾. Gegen diese Einschränkung des Anwendungsbereichs des § 176 II HGB hat sich jüngst der BGH gewandt³⁰⁾. Er führt drei Argumente ins Feld: Es könne nicht angenommen werden, daß das Gesetz der Zustimmung des Eintretenden zur Fortführung der Geschäfte rechtliche Bedeutung zumessen wollte, weil in aller Regel die faktische Weiterführung der in Gang befindlichen Geschäfte unabhängig von dem Einverständnis eines hinzutretenden Gesellschafters erfolgen werde. Hinter diesem Argument steht die These, das (Weiter)Betreiben der Geschäfte erzeuge den abstrakten Rechtsschein, daß unbeschränkt haftende Gesellschafter existieren und daß dieser Rechtsschein nach außen erkennbar zerstört werden müsse. Von diesem Ausgangspunkt aus ist das zweite Argument des BGH konsequent, daß es Sinn und Zweck des § 176 II HGB entspreche, ohne Rücksicht auf interne Erklärungen jeden haften zu lassen, der in den Kreis der Gesellschafter eingetreten ist. In einem gewissen Widerspruch dazu wird dann aber doch wieder ein Internum des Gesellschafterverhältnisses für relevant erklärt; denn es wird darauf hingewiesen, der Eintretende könne sich dadurch schützen, daß er das Wirksamwerden seines Beitritts von der Eintragung ins Handelsregister abhängig mache³¹⁾. Dieses Instrument zur Ausschaltung der unbeschränkten Haftung gewinnt auch nicht dadurch Außenwirkung, daß nach Ansicht des BGH die Bedingung ausdrücklich erklärt sein muß³²⁾. Letztlich läßt sich dieser Widerspruch nur dann auflösen, wenn man die Rechtssicherheit, die eine abstrakte Rechtsscheinhaftung verleiht, besonders stark betont³³⁾. Man sollte die Rechtssicherheit jedoch nicht überbewerten und eintretende Kommanditisten dort vor einer unbeschränkten Haftung verschonen, wo — wie bei den Kapitalanlagegesellschaften — Kommanditisten typischerweise sowie im Einzelfall nicht in Erscheinung treten³⁴⁾ und/oder das Interesse der Beitretenden an der Haftungsbeschränkung typischerweise so groß ist, daß das Interesse an dem sofortigen Wirksamwerden des Beitritts gänzlich in den Schatten tritt. Um in der zweiten Fallgruppe zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen, braucht § 176 II HGB nicht restringiert zu werden. Man muß nur im Wege der ergänzenden Auslegung des Gesellschaftsvertrages den wahren, auf der Hand liegenden Interessen des Beitretenden Rechnung tragen und davon ausgehen, daß auch ohne ausdrückliche Erklärung das Wirksamwerden des Beitritts in Form einer (zusätzlichen) Bedingung von der Registereintragung abhängig gemacht worden sein kann.

b) Der Eintritt der auflösenden Bedingung läßt die Haftung des Gesellschafters für Schulden, die bis zu diesem Zeitpunkt begründet worden sind, nicht entfallen; denn die auflösende Bedingung wirkt nach außen hin lediglich ex nunc. In Hinblick auf Forderungen, die nach diesem Zeitpunkt entstanden sind, ist § 15 I HGB in Verbindung mit § 143 II HGB anzuwenden. Beim Kommanditisten ist die Haftung auf die Pflichteinlage begrenzt, da die Auszahlung der Abfindung eine Rückzahlung der Einlage i. S. d. § 172 IV HGB darstellt.

IV. Zusammenfassung

Im Innenverhältnis unter den Gesellschaftern sind bedingte Gesellschaftsverträge und Beitrittserklärungen uneingeschränkt gültig. Die Vereinbarung einer auflösenden Bedingung ist bei Publikums-Kommanditgesellschaften in aller Regel mit Rückwirkung ausgestattet.

Im Verhältnis zu den Gesellschaftsgläubigern ist zunächst zu berücksichtigen, daß weder die aufschiebende noch die auflösende Bedingung eintragungsfähig sind. Deshalb haftet normalerweise der Gesellschafter auch vor Eintritt der aufschiebenden Bedingung, wenn mit seiner Zustimmung die Gesellschaft, bzw. bei einem Beitritt er, vorzeitig in das Handelsregister eingetragen worden ist oder die Geschäfte vor Eintritt der Bedingung begonnen worden sind. § 123 II HGB ist analog anzuwenden. Im übrigen gilt § 15 III HGB. Der Eintritt der auflösenden Bedingung hat zur Folge, daß die Gesellschaft ex nunc aufgelöst wird bzw. der Gesellschafter ausscheidet. Auf die nach Auflösung bzw. Ausscheiden und vor ihrer Eintragung sowie Bekanntmachung begründeten Schulden kommt § 15 I HGB zur Anwendung.

27) Westermann, Handbuch, a.a.O. (Fn. 8), Rdnr. 799; GroBKomm. z. HGB — Schilling (3. Aufl.), § 161 Anm. 12.

28) Zur Streitfrage vgl. K. Schmidt, Handelsrecht (1981), S. 314 ff.

29) Vgl. RGZ 128, 180; GroBKomm. z. HGB — Schilling, a.a.O. (Fn. 27), § 176 Anm. 21.

30) BGH, DB 1982, 424 = NJW 1982, 883 (884) m. Anm. K. Schmidt.

31) Vgl. auch K. Schmidt, ZHR 144 (1980), 193 (200).

32) BGH, WM 79, 1057.

33) Vgl. K. Schmidt, NJW 1982, 886; für eine Deutung des § 176 II HGB als konkrete Vertrauensschutzregelung Priester, BB 1980, 911.

34) K. Schmidt, ZHR 144 (1980), 193 (202); ders., NJW 1982, 886.